Dieses Blatt erscheint täglich früh [illegible] Vierteljährlich 3 Mark 50 Pfg., durch die Post 3 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Dr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureaus von Haasenstein & Vogler; — Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Zeitz; — Rob. Kirch in Magdeburg — F. Barck & Co. in Halle; — B. Arndt, Berlin W.; — Adolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von L. Plaut in Teplitz.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen
Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nachfolgende Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuss angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 5
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Patent-, Muster- und Markenschutz
in allen Staaten durch
Patent-Anwalt Otto Wolff.
Schloss-Strasse No. 12, I. (Etablirt 1877.)

Julius Merseburger,
Dresden, Altmarkt, Ecke der Schreibergasse links,
empfiehlt zu den bevorstehenden **Maskenbällen** sein Lager von
leonischen Gold- und Silberwaaren
(Lahnbändern, Tressen, Fransen, Schnuren, Quasten, Flittern u. s. w.)

Seestrasse 5, part. u. I. Etage. **Theodor Binder,** Seestrasse 5, part. u. I. Etage.
Magazin fertiger Knaben- und Mädchen-Garderobe. Anfertigung nach Maass.

r. 10. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 10. Januar: Mäßiger Südwestwind, theils heiter, theils neblig, trocken, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. Donnerstag, 10. Januar.

ntwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Eines weitaus freundlicheren Empfanges als seine Vorgänger, ts der öffentlichen Beurtheilung, hat sich der neueste Entwurf Unfallversicherungs-Gesetzes zu erfreuen. „Was lange währt, gut!" trifft hier zu. Die beiden früheren Entwürfe zeigten, dieser wichtige soziale Stoff noch nicht reif war zur Zusammen- ng in ein Gesetz; die Kritik in der Presse und im Reichstage zur Genüge dar, daß der Gegenstand, als ihn Fürst Bismarck März 1881 zum ersten Male dem Reichstag unterbreitete, nicht al genügend vorbereitet war. Seitdem hat sich Fürst Bismarck Ausstellungen zu Nutzen gemacht und so hält sich denn die utlage des Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetzes zum größten l von den Gebrechen frei, die ihm früher anhafteten. Streng mmen, liegt noch kein eigentlicher Gesetz-Entwurf vor, sondern die Grundzüge eines solchen. Vor Allem sei erwähnt, daß jetzt mehr von einer centralisirten Reichsversicherung mit ihrem ersehbaren bureaukratischen Apparate die Rede ist. Auch der sprochene und sowohl von konservativer wie liberaler Seite ochtene Reichszuschuß zu den Versicherungskosten ist glück- Weise fallen gelassen worden. Dieser Reichszuschuß hatte bedenklichen, kommunistischen Beigeschmack und Fürst arck that wohl daran, sich den Einwürfen gegen dieses iment zu fügen. Nicht minder opferte der Reichskanzler üher verlangte Beitragspflicht der Arbeiter zu den Unfall- erungskosten. Mindestens ein Drittel sollten letztere beisteuern. Aufbringung aller Kosten ist einzig und allein den Fabrik- nehmern auferlegt worden. Ein weiterer, ganz wesentlicher g des neuen Entwurfes liegt darin, daß sich die Unfall- erung nicht mehr, wie früher vorgeschlagen, auf den künstlichen, us den verschiedenartigsten Gewerben zusammengewürfelten renklassen aufbauen soll, sondern auf berufsgenossenschaftlichen rationen. Alle Genossen der nämlichen oder verwandten Berufs- sollen künftig durch das ganze Reich hindurch organisirt, d. h. in rschaften zusammengefaßt werden. [illegible] ter, er mag im Norden oder Süden Deutschlands arbeiten, aus Berufsgenossenschaft wieder herausfallen, er ist allezeit, wenn in Unfall trifft, der Hülfe seiner Genossenschaft gewiß. Die mte Fabrik-Industrie Deutschlands wird durch den neuen urf zu Berufsgenossenschaften mit zwangsweiser Zugehörigkeit rbeiter organisirt und damit wird für die Reorganisation s Gewerbelebens überhaupt eine Grundlage geschaffen, auf er dann später auch das Handwerk durch ganz Deutschland de Innungen errichten kann. Denn es macht keinen schied, ob man die Organisation der Fabrikarbeiter Genossen- , die des Handwerks Innung nennt. „Innung" ist aus igung" sprachlich so zusammengezogen, wie Kurt aus Conrad. Die mte Handwerks-Industrie wird gar bald, wenn ihr die Fabrik- strie ein lebensfähiges Vorbild geboten, nach einer ähnlichen nisation verlangen.

Indem der neue Entwurf den Beruf eines Menschen als liche Grundlage gesetzgeberischer Hülfe nimmt, die gleichen oder ndten Berufsarten korporativ zusammenfaßt, zeigt er sich in hat von wirklichen sozialen Gedanken und Anschauungen erfüllt. Regelung der Sache erspart die Ansammlung großer Deckungs- lien (Reserven) zur regelmäßigen Functionirung der Unfall- erung, was bisher für das edle Vorhaben eine der größten ierigkeiten abgab. Die künftigen großen, über das Reich vertheilten Berufs-Genossenschaften können sich beschränken, die jährlichen Versicherungsbedürfnisse auf dem der Umlagen aufzubringen. Man kann auf diese Weise auf edenklichen Reichszuschuß verzichten. Zwar ist ein solcher noch ztes Hilfsmittel in Aussicht genommen, für den Fall nämlich, eine Genossenschaft dauernd leistungsunfähig wird. Das wird schwerlich eintreten, und wäre es der Fall, so gäbe es noch e Auskunftsmittel als jenen eventuellen Reichszuschuß. Die Möglichkeit eines solchen ist schon schädlich; sie könnte dazu ten, es mit der Bildung von Genossenschaften auf rationeller lebensfähiger Grundlage nicht so genau zu nehmen und in Beziehung eine laxe Praxis eintreten zu lassen. Wir brechen urtheilung des neuen Entwurfs einstweilen hier ab; auf anderen Bestimmungen einzugehen, wird in den nächsten Gelegenheit sein. Es sei nur erwähnt, daß sich das neue auf jene 5 Procent sämmtlicher Unfälle (verschuldete oder schuldete, gleichviel) bezieht, welche schwererer Natur sind und heiten von über 13 Wochen Dauer zur Folge haben. Für übrigen 95 Procent der Unfälle in der Industrie hat das enkassengesetz bereits vorgesorgt. Obige verbleibenden 5 Pro- schwerer Unfälle werden einen Schadenersatz von etwa 13 onen Mark zur Folge haben. Diesen selbstständig zu tragen, n wohl die gesammten Fabrikanten Deutschlands im Stande sein.

er angebliche Gegensatz zwischen Kronprinzen und Kanzler immer noch nicht zur Ruhe kommen. Als die „Nat.-Ztg." authentisch aufgeputzten Bericht über die Unterredung des en Kronprinzen mit dem Papste veröffentlichte, wornach der von seinem Besucher förmlich gefoppt worden wäre, der aber die Rolle eines ziemlich täppischen Diplomaten gespielt da ahnte jenes Blatt wohl nicht, welchen Verdruß es damit Kronprinzen bereiten würde. Indirekt wurde mit jenem Be- der Kronprinz als der bewußte Gegner der Politik des s und der im Namen des Kaisers geführten Politik des ers hingestellt. Nun ist zwar der angebliche Gegensatz eines Thronerben zu dem Kronenträger eine altbekannte Fiktion iberalismus, zu dessen eisernem Bestande er gehört; aber s war diese willkürliche Unterstellung so dreist journalistisch rbet worden. Es wurde gleichsam als die Ankündigung eines nciamento des Thronerben gegen den Kaiser und seinen Diener aufgefaßt. Hiergegen wehrt sich nun das Leibblatt arck's, die „Norddeutsche Allgemeine", mit Hand und Fuß. blickt in diesem Versuche, den Kronprinzen als in Opposition Kaiser und Kanzler begriffen hinzustellen, einen Angriff den Kronprinzen. Gelänge es, den Kronprinzen loszulösen em Zusammenhang mit der glorreichen Politik seines Vaters, ädige man damit die Monarchie und die Zukunft des dem- igen Trägers der deutschen Kaiserkrone. Das Bismarck'sche schließt seine zornigen Auslassungen über dieses Treiben mit den Worten: „Es handelt sich eben nur darum, der Dynastie, icher unsere Monarchie erblich ist, in der öffentlichen Meinung Möglichkeit Schaden zu thun. Glücklicherweise ist der Antheil des Kronprinzen an der Kaiserlichen Politik, die die Fortschrittspresse die „Kanzlerpolitik" nennt, auf dem militärischen, wie auf dem politischen Gebiet zu gewichtig und zu unvertilgbar in die Bücher der Geschichte eingetragen, als daß monarchenfeindliche Blätter den Erben der Kaiserkrone um seinen eigenen Ruhm und an seinem Erbtheile an dem Ruhme seiner Väter betrügen könnten." Ein so eigenthümliches Nachspiel wie diese Auseinandersetzungen über die Stellung des Kronprinzen zu seinem Vater hätte wohl Niemand aus dem vatikanischen Besuch des Ersteren erwartet.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Jan.

Berlin. Das **Abgeordnetenhaus** genehmigte heute in zweiter Berathung die Verstaatlichung folgender Privatbahnen: der Oberschlesischen, der Breslau-Schweidnitz-Freiburger, der Posen-Creutzburger, der Altona-Kieler und des im Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Gebiete belegenen Theiles der Hannover-Mindener Eisenbahn. Eine längere Debatte rief ein Antrag des Centrums hervor, wonach die Kündigung der Prioritätsanleihen nicht in die Hand des Finanzministers gelegt werden, sondern durch Gesetz erfolgen soll. Der Antrag wurde abgelehnt.

Berlin. Dem römischen Correspondenten der „Germania" wird die Meldung der „Kreuzzeitung", daß Ledochowski gegen den Empfang des deutschen Kronprinzen agitirt habe, als Niederschlag alten grundlosen Klatsches über intransigente Agitation bezeichnet, in welchen nur die Anfügung des Namens Ledochowski's neu sei. Betreffs der Unterredung zwischen dem Papst und dem Kronprinzen wird demselben Correspondenten versichert, daß der Papst auf die Stellung der Kirche und des Papstthums zu Gunsten des konservativen monarchischen Widerstandes gegen den Radikalismus und die Revolution hingewiesen habe. Die römische Frage wurde insofern berührt, als der Papst betonte, der Widerstand gegen die umstürzenden Mächte wäre erfolgreicher bei völliger Freiheit des Papstthums und erfolgreicher Beendigung des Kulturkampfes. v. Schlözer hat die Hoffnung geäußert auf eine Anbahnung des Friedens noch in diesem Frühjahre. Der römische Correspondent des „Berliner Tageblattes" meldet, daß der Urlaub des Kardinals Hohenlohe Ende dieses Monats endige. Er erhalte keine deutsche Diöcese. — Die Nachricht, daß amerikanische Fenier einen Brief mit Attentatsdrohungen gegen den Papst in den Vatican schickten, sei falsch.

Berlin. Die dem landwirthschaftlichen Ministerium aus allen Theilen der preußischen Monarchie zugegangenen Meldungen [illegible] Witterung nicht nur die rechtzeitige und glatte Bestellung gefördert, sondern auch die Entwickelung der Saaten günstig beeinflußt. — Die Sozialdemokraten bilden in allen Stadttheilen Arbeiterbezirksvereine, um sich [illegible] für die kommenden Reichstagswahlen zu organisiren.

München. Abgeordnetenkammer. Bei der fortgesetzten Berathung der Hagelversicherungsvorlage wurde die Bestimmung angenommen, wonach die Versicherungsanstalt vom Staate ein unverzinsliches Grundkapital von einer Million und einen jährlichen Staatszuschuß von 40,000 Mark erhält. Gegen den Antrag Geiger's, den jährlichen Staatszuschuß auf 100,000 Mark zu bemessen, wurde vom Finanzminister geltend gemacht, daß die Regierung einen Zuschuß überhaupt nur unter der Voraussetzung gewähre, daß künftig alle Steuernachläße wegen Hagelschadens fortfallen. Diese Steuernachläße hätten bisher jährlich 40,000 Mark betragen.

Paris. Baron Alfons Rothschild liegt im Sterben.

Rom. Sämmtliche Mitglieder der königlichen Familie begaben sich nach dem Pantheon, um an dem Grabe Victor Emanuels ihre Gebete zu verrichten. Von außerhalb sind zur Theilnahme an der Gedächtnißfeier bereits über 15,000 Personen hier eingetroffen, auch mehrere italienische Kolonien in anderen Ländern sind durch Abgesandte vertreten, einige andere haben Kränze und Fahnen gesandt, die meisten Journale erscheinen mit Trauerrand. Das Wetter hat sich, nachdem es heftig geregnet hatte, aufgeheitert; aus vielen Fenstern wehen Flaggen; die Läden in den von dem Festzuge berührten Straßen sind geschlossen. Im Zuge wurde besonders die Gruppe Derjenigen, welche an den Unabhängigkeitskämpfen Theil genommen hatten, durch sympathische Zurufe ausgezeichnet.

London. Die „Times" bringt über Hongkong Nachrichten aus Haiphon vom 5. Januar, wonach der General Bichot Sontay mit 1000 Mann besetzte. Admiral Courbet befindet sich in Hanoi. Die Umgegend Sontays ist vom Feinde geräumt, Honghoa ist ebenfalls verlassen. Bei der Einnahme Sontays soll den Franzosen die Uneinigkeit der aus Anamiten und Schwarzflaggen bestehenden Garnison zu statten gekommen sein. Die Garnison von Bacninh soll lediglich aus Chinesen bestehen.

New-York. Morgen wird für den verstorbenen Dr. Eduard Lasker in dem hiesigen Emanuel-Tempel ein Trauergottesdienst abgehalten, an dem sich alle hiesigen jüdischen Gemeinden betheiligen werden. Die Leichenrede wird von Karl Schurz gehalten.

New-York. Die Sektion Lasker's ergab Lungenanschwellungen und Herz- und Gehirnerweiterung.

Hongkong. Einer Meldung des Reuter'schen Bureaus zufolge fand am 28. December in Hanoi eine furchtbare Explosion statt, 2 französische Batterien wurden fast ganz zerstört, ein Artillerist getödtet, drei verwundet. In den Häusern und Kasernen in der Nähe des Explosionsortes wurden große Verwüstungen angerichtet. Man glaubt, daß die Explosion durch einen unglücklichen Zufall hervorgerufen worden sei. 2000 Anamiten griffen am 28. December einen französischen, von 50 Marineinfanteristen vertheidigten Posten an. Nach mehrstündigem Kampfe zog sich der Feind mit einem Verlust von 100 Todten und Verwundeten zurück. Oberst Briomel schlug die aufständischen Banden in der Provinz Nambieh vollständig. — Der Transportdampfer „Myto" ist in Haiphong eingetroffen.

Berliner Börse. Von den auswärtigen Plätzen lagen feste Notirungen vor, hier war dagegen von Anfang an Realisationslust vorhanden. Wiener Verkäufe drückten. Später wurde der Rückgang von Egyptern von London gemeldet, wodurch Kreditaktien weiter zurückgedrängt wurden. Zum Schluß besserte sich die Haltung wieder. Die Nachbörse war befestigt. Kredit schlossen offiziell 7 Mark, Diskonto 1½, Deutsche Bank 1 Proz. niedriger. Kassabanken waren dagegen vorwiegend fest. Oesterreichische Bahnen mit Ausnahme von Franzosen meist schwächer, besonders Elbethal, auch Gotthardbahn ging zurück. Deutsche Bahnen konnten sich nicht durchweg behaupten, doch waren Abschwächungen gering. Für Bergwerke und andere Industrien bestand eine günstige Tendenz, Brauereien weiter steigend, Solbrig ¾ Proz. höher. Fremde Renten waren etwas nachlassend, Ungarn ⅛ Proz. niedriger.

Frankfurt a. M., 9. Januar. Kredit 262¾, Staatsbahn 273¼, Lombarden 123, 60er Loose —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 252, Oesterr. Goldrente —, 6% Ung. Goldrente 75, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Diskonto —, Egypter 67¾, Gotthardbahn [illegible], Meininger —, Mainz [illegible]. **Wien**, 9. Januar. Kredit 306,10, Staatsb. 315,60, Lombarden 146,50, Elbethal —, Nordwestb. 191,50, Markn. 59,30, Ung. Kredit 302,50. Fest.

Paris, 9. Januar. (Schluß.) Rente 76,50, Anleihe 106,75, Italiener 90,85, Staatsbahn 661,25, Lombarden 318,75, do. Prioritäten 289, Egypter 329, Oesterr. Goldrente 84⅛. Schwankend.

London (Getreidemarkt). (Schluß.) 8. Jan. Weizen schwer verkäuflich, Gerste fremm, übriges ruhig, unverändert.

Lokales und Sächsisches.

— Bei der von Sr. Maj. dem **König** vorgestern abgehaltenen Jagd auf Revier Mügeln bei Pirna war das Jagdergebniß 280 Hasen, wovon Se. Maj. der König 71 und Se. K. H. Prinz Georg 53 schoß. Das Jagdfrühstück wurde in den Privaträumen des Bahnhofsrestaurateurs Pistor abgehalten. Die Jagdbeute, so viel wir erfahren konnten, kaufte die Wildhandlung von Müller, Johannesstraße.

— Se. Majestät der König hat nunmehr Genehmigung dazu ertheilt, daß die Kammersängerin Fräulein **Malten** die ihr verliehene Herzoglich Sachsen-Altenburgische Verdienst-Medaille für Kunst und Wissenschaft in Gold mit der Krone, wie der hiesige Zithervirtuos Carl **Fittig** die den Sachsen-Ernestinischen Hausorden affilirte Verdienst-Medaille annehmen und tragen.

— Der Geh. Rath **Held** hat das Comthurkreuz des preußischen Kronenordens erhalten.

— Der Weichenwärter **Heidrich** in Mehltheuer erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

— Der Referendar bei der königl. Polizeidirektion Dresden, Herr Dr. jur. Karl Richard **Blase**, hat, nachdem er die Befähigungs-Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst im Ressort des Ministeriums des Innern mit Auszeichnung bestanden, das Dienstprädikat als Polizei-Assessor erhalten.

— Nach neuesten Mittheilungen wird sich die für das Frühjahr bevorstehende italienische **Königsreise** auf den Besuch des sächsischen Hofes bestimmt mit ausdehnen.

— In der gestrigen Sitzung der **ersten Kammer** berichtete Referent Pelz über die von dem Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden auf die Jahre 1880 und 1881 abgelegten Rechnungen und beantragte Namens der Deputation die Niederschlagung der verausgabten 48 M. für verjährte Zinsen an die Armenkassen zu Leipzig und Dresden zu genehmigen und dem Landtagsausschuß rücksichtlich der von demselben abgelegten Rechnungen den gewöhnlichen Justifikationsschein zu ertheilen. Abg. Seiler bedauert, daß die wichtigsten Fragen des Budgets erst zum Schluß der Session an die 1. Kammer gelangten und wünscht [illegible] eine gründlichere Behandlung. Er richtet die Frage an die Regierung, ob sie nicht die Zustimmung der [illegible] im Jahre 1874 geborgten Staatsanleihe von 24 Millionen nachsuchen wolle, da diese Staatsschuld zu 4½ Proc. verzinst werden muß, also höher, als alle anderen Staatsanleihen. Redner meint, es sei geschäftlich nicht günstig, daß außerordentliche Rückzahlungen von Staatsschulden bei dem hohen Stand der Papiere erfolgten, wird jedoch vom Präsident mit der Bedeutung unterbrochen, daß die von ihm angeregten Fragen nicht zur Vorlage gehörten und bei den Budgetberathungen ihren Platz fänden. Zur Rechtfertigung führt er an, daß er die Fragen jetzt berührt hätte, weil es am Schluß des Landtages, wenn sie zur eigentlichen Verhandlung gelangten, zu spät sei, näher auf dieselben einzugehen. Nach kurzem Schlußreferat pflichtet die Kammer einstimmig dem Deputations-Antrag bei. Es werden sodann in Schlußberathung 6 Petitionen erledigt. Ref. von Finck berichtet zunächst über die Petition des Schulvorstandes zu Dittersbach und Neudörfchen um Dispensation von Einführung des Turnunterrichtes und empfiehlt, die Petition auf sich beruhen zu lassen, da die Petenten es unterlassen, den geeigneten Instanzenweg zu betreten, wodurch sie entschieden den gewünschten Dispens erhalten hätten. Graf von Könneritz meint, daß auf dem Lande die Bedeutung des Turnunterrichtes keine so große sei als in den Städten, die Regierung möge deshalb bei derartigen Fällen die finanziellen Schwierigkeiten in Betracht ziehen und auch in diesem Falle den Dispens nicht versagen. Nachdem der Regierungskommissar, Geh. Reg.-Rath von Seidewitz, die Versicherung gegeben, daß die Regierung in diesem Sinne verfahren werde, beschließt die Kammer, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Das gleiche Schicksal theilt die Petition des vormaligen Gutsbesitzers Karl Zimmermann in Eckertsberg, welcher um Ersatz einer ihm durch angebliche Fahrlässigkeit eines Beamten verursachten Verlustes eingekommen war. Ueber dieselbe, sowie auch über die beiden folgenden Petitionen haben wir bereits bei Gelegenheit ihrer Erledigung in der 2. Kammer eingehender berichtet. Auch sie blieb, gemäß dem Deputations-Antrag, Ref. Reich, auf sich beruhen. Ferner hatte Reinhold Schmidt in Sebnitz um die Entscheidung der Kammer in einer Prozeßsache gebeten. Gemäß dem Bericht des Ref. von Zeschwitz läßt die Kammer die Petition ebenfalls auf sich beruhen. Ebenso die nächste Petition, Ref. Graf von Hohenthal, in welcher der pensionirte Bahnmeister Karl Kreul in Leipzig um Erhöhung seiner Pension gebeten hatte. Ueber die Beschwerde der Schwind'schen Eheleute zu Hohenstein wegen des Verfahrens des dortigen Amtsgerichts in einer gegen die Ehefrau Schwind anhängig gewesenen Polizeirügenstrafe berichtet Ref. Heinrich und beantragt, die Beschwerde gleichfalls auf sich beruhen zu lassen. Die Kammer beschließt gemäß dem Antrag. Schließlich hatte noch Dr. Bielenberg in Hamburg wegen einer ihm für die Hinterlassenschaft seiner Schwester, der in Dresden verstorbenen Frau Helmke, abgeforderten Erbschaftssteuer Beschwerde geführt, über welche ebenfalls Bürgermeister Heinrich referirt. Die Erblasserin hatte ein ihr gehöriges Haus in der Portikusstraße zum Zwecke einer Familien-Stiftung verkauft, und von dieser Stiftung war eine 3proc. Erbschaftssteuer gefordert worden, welche Dr. Bielenberg für ungerechtfertigt hielt. Die Kammer beschließt jedoch, auch diese Beschwerde auf sich beruhen zu lassen.

— Dem Landtag ist ein **königliches Dekret** zugegangen, welches über den gegenwärtigen Stand der wegen Verunreinigung der fließenden Gewässer veranstalteten Erörterungen Auskunft giebt. In demselben heißt es, daß bereits zufolge einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. April 1877 die Verwaltungsbehörden veranlaßt worden sind, ihre Aufmerksamkeit denjenigen Anlagen zuzuwenden, mit deren Betrieb eine solche Einführung von Flüssigkeiten oder festen Stoffen in einen Wasserlauf verbunden ist, welche das Wasser in einer den Gebrauch beeinträchtigenden oder der Gesundheit nachtheiligen Weise verunreinigen kann. Im März 1882 sei den Behörden die betreffende Verordnung auf's Neue eingeschärft worden, nichts destoweniger sei es nicht zu leugnen, daß der durch Zuführung von Abfallstoffen hervorgerufene Zustand mancher Wasserläufe noch ein so mißlicher sei, daß eine baldige Aenderung desselben sich im öffentlichen Interesse als dringend nothwendig erwies. Das Ministerium hat demnach der ihm unterstehenden technischen Deputation empfohlen, dem in Rede stehenden Gegenstand auch ferner ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und hat ferner die Handels- und Gewerbekammer sowie den Landeskulturrath zu einer gutachtlichen Auslassung aufgefordert. Es ist jedoch bisher nur von einer Handels- und Gewerbekammer die verlangte Anzeige erstattet worden.